

Liestal, 3. November 2025/BUD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2025-298
Postulat	von Jan Kirchmayr
Titel:	Hitzemonitoring an den kantonalen Schulen
Antrag	Vorstoss ablehnen

Begründung

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung des Themas Hitzeschutz an Schulen und teilt die Einschätzung, dass hohe Temperaturen in Schulräumen die Gesundheit sowie die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen beeinträchtigen können. Entsprechend wurden bereits verschiedene politische Vorstösse zur Verbesserung des Hitzeschutzes überwiesen und bei Neu- und Erweiterungsbauten von Schulhäusern konkrete Massnahmen – sowohl aktive als auch passive – umgesetzt.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass in zahlreichen Bestandesbauten erhebliche Herausforderungen in Bezug auf die thermische Situation bestehen. Diese Problematik ist bekannt. Ihr wird im Rahmen von Sanierungs- und Unterhaltsplanungen grosse Beachtung geschenkt und sie wird soweit möglich berücksichtigt. Die Gebäude im Bestand sind jedoch baulich sehr heterogen und lassen sich nicht ohne Weiteres auf einheitliche Standards bringen.

Ein systematisches, kantonsweites Hitzemonitoring in repräsentativ ausgewählten Schulzimmern – wie im Postulat gefordert – wird zum heutigen Zeitpunkt als nicht zielführend erachtet. Die Durchführung eines solchen Monitorings wäre mit erheblichem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden, ohne dass dadurch bereits konkrete bauliche Lösungen realisiert oder priorisiert werden könnten. Die Erkenntnisse aus der durch den Lehrerinnen- und Lehrerverein Basel-Land (LVB) im Sommer 2023 durchgeführten Messkampagne bestätigen grundsätzlich den bereits bekannten Handlungsbedarf. Ein flächendeckendes Monitoring würde diesen Erkenntnisgewinn nur begrenzt erweitern, hingegen finanzielle Ressourcen in hohem Umfang binden, welche für entsprechende Massnahmen direkt genutzt werden können.

Der Regierungsrat setzt deshalb auf ein gezieltes Vorgehen im Rahmen der bestehenden Priorisierungs- und Planungsprozesse für den Gebäudeunterhalt respektive für die Instandsetzung. Dort, wo Hinweise auf übermässige Hitzebelastungen bestehen, können und werden im Bedarfsfall bereits heute punktuelle Temperaturmessungen vorgenommen und gezielte Massnahmen realisiert oder in die Planung aufgenommen. Zudem wird bei zukünftigen Sanierungsprojekten verstärkt auf geeignete bauliche und technische Lösungen zur Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes geachtet.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, auf die Forderung nach einer systematischen Erhebung der Raumtemperaturen in repräsentativ ausgewählten Schulzimmern «Hitzemonitoring an den kantonalen Schulen» zu verzichten und das Postulat abzulehnen.